

TOP 3.7.4 Europa 4.0 - Aktuelle Herausforderungen für die Europäische Gewerkschaftsbewegung

1. Hintergrund

Am 4.11.2015 fand in Brüssel eine Hochrangige Konferenz von AK EUROPA und dem ÖGB Europabüros statt, die sich mit den Herausforderungen der Digitalisierung für die Arbeitswelt und das soziale Europa beschäftigte. Die Konferenz wurde durch Begrüßungsworte von Präsident Rudi Kaske sowie des Generalsekretärs des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) Luca Visentini eröffnet, und durch zusammenfassende Worte des EGB-Präsidenten Rudy de Leeuw abgeschlossen. Durch das Programm führte Petra Pinzler/Die Zeit. Die Konferenz wurde von rund 150 Personen besucht.

2. Kernaussagen aus den Vorträgen

- **Rudi Kaske: Der digitale Wandel muss aktiv mitgestaltet werden**

Rudi Kaske zeigte auf, dass die Digitalisierung unseren herkömmlichen Begriff von Arbeit und die Arbeitsbeziehungen verändern werde. Gerade im Dienstleistungsbereich bringe die Digitalisierung massive Veränderungen, zB durch neue Geschäftsmodelle wie Uber oder Airbnb. Er ging auch vor dem Hintergrund von Industrie 4.0 auf grundsätzliche Fragen der Sozialstaatsfinanzierung und die Notwendigkeiten einer ausgebauten Mitbestimmung ein. Denn beides gerate mit den neuen Arbeitsformen, wie zB dem *Crowdworking*, ins Wanken. Das Phänomen *Crowdworking* zeige deutlich, vor welchen Neuerungen auch die ArbeitnehmerInnen stehen, und wie wichtig die Weiterentwicklung unserer arbeitsrechtlichen Normen ist. Die Frage werde daher sein, wie wir mit diesen neuen Beschäftigungsformen umgehen werden. Es gelte, so Kaske abschließend, diese aktiv mitzugestalten und neue Regelungen zu schaffen.

- **Martin Risak: Crowdworker brauchen faire Arbeitsbedingungen**

Professor Dr Martin Risak, Universität Wien, definierte *Crowdworking* als eine neue Form der Organisation von Arbeit, die nicht auf stabilen Beziehungen mit einzelnen VertragspartnerInnen aufbaue, sondern darauf, dass eine große Masse an potenziellen VertragspartnerInnen, die sogenannte *Crowd*, verfügbar sei und es immer jemanden gebe, der/die die benötigte Arbeit zeitnah ausführe. Dies ermögliche es, ohne zusätzliche Kosten auf einen weltweiten Pool von Arbeitskräften zuzugreifen, die rund um die Uhr zur Verfügung stünden und die sicherstellten, dass ohne stabile Arbeitsbeziehungen immer ausreichend Personen arbeiteten. Risak forderte, dass Strategien entwickelt werden sollten, damit faire Arbeitsbedingungen auch für Crowdworker gewährleistet werden könnten – dies auch deshalb, damit dadurch nicht reguläre Arbeitsverhältnisse unter Druck geraten und die Arbeitsbedingungen auch dort weiter erodieren.

- **Stefan Körzell: Die Digitalisierung im Sinne der ArbeitnehmerInnen mitgestalten**

Stefan Körzell, Vorstandsmitglied des DGB, sagte, dass wir schon seit Jahren in einer digitalisierten Welt leben und dass die Gewerkschaften den Anspruch haben, diesen Prozess zu gestalten. Es bestehe die Befürchtung, dass die Digitalisierung zu einem Angriff auf ArbeitnehmerInnen-Schutz ge-

nutzt wird. Das erlebe man gerade in Deutschland. Demgegenüber habe man aber schon Erfolge zu verbuchen: Die Gewerkschaften haben durch intensive Arbeit die Gründung von Betriebsräten beim Versandriesen Amazon erreicht. Neben der Frage der Mitbestimmung seien auch die Fragen der Verdienste und der Sozialversicherungspflicht zentral. Um die Mitbestimmung voranzutreiben, müsse auch der Soziale Dialog auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Außerdem müssten sich die Gewerkschaften auch neuen Gruppen von ArbeitnehmerInnen in den digitalisierten Berufen öffnen.

- **Nicolas Schmit: Weg von der Idealwelt der Neoliberalen, hin zum sozialen Dialog**

Der Luxemburgische Arbeitsminister und derzeitige EU-Ratsvorsitzende Nicolas Schmit wies darauf hin, dass die neuen Herausforderungen des Arbeitsmarktes neuer Regeln bedürften, die von den Sozialpartnern, der Kommission und den EU-Mitgliedstaaten gestaltet werden müssten. Gleichzeitig sei der digitale Sektor eine Chance, und der Aufbau eines digitalen Binnenmarkts könnte die wirtschaftlich Position Europas in der Welt stärken. Besonders in Steuerfragen brauche man Regelungen und eine Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, wie zB mit der internationalen Organisation für Arbeit (ILO), aber auch mit der amerikanischen Regierung, mit der momentan nur über einen Handelspakt und Investitionen, nicht aber über Sozialfragen diskutiert werde. Die Position der Kommission in diesen Fragen sei viel zu sehr von Interessen der Industrie geprägt, und übersehe die Bedürfnisse der Menschen. Nach dieser Periode neoliberalen Denkens müsse der soziale Dialog wieder Priorität haben, um die „digitale Transition“ besser und gerechter zu organisieren.

- **Erich Foglar: Akzeptanz der EU hängt von der sozialen Frage ab**

ÖGB-Präsident Foglar kritisierte die aktuelle Ausrichtung der EU. Das große Friedensprojekt habe nur noch Tarnkappenfunktion für die Umsetzung der Freihandelszone. Die EU werde zunehmend auf die wirtschaftlichen Grundfreiheiten reduziert. „Die EU wird scheitern, wenn sie eine reine Wirtschaftsunion bleibt.“ Er forderte die Verankerung der Gleichrangigkeit der sozialen Grundrechte in den EU-Verträgen. Er verwies dabei auf eine gemeinsame Initiative der österreichischen, deutschen und schwedischen Gewerkschaften, die sich mit den jeweiligen sozialdemokratischen Parteien auf die Forderung nach einem sozialen Fortschrittsprotokoll geeinigt haben. Die Gewerkschaften werden einer künftigen Vertragsänderung ohne ein soziales Fortschrittsprotokoll nicht zustimmen. Mit einem solchen Protokoll sollen die sozialen Grundrechte in der EU mindestens den gleichen Stellenwert wie die wirtschaftlichen Grundfreiheiten erhalten und in den Verträgen verankert werden. Angesichts der Forderungen des britischen Premierminister Cameron könnte diese Situation schneller eintreten als manche denken.

- **Wolfgang Münchau: Die EU ist im Rahmen der geltenden Verträge ein neoliberales Projekt**

Der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Münchau begrüßte den Optimismus von Präsident Foglar, was die Neuverhandlung von sozialen Rechten in den EU-Verträgen betrifft. Bisher sei es aber nur auf Ebene des Nationalstaates gelungen, Grund- und Arbeitsrechte wirkungsvoll zu verankern. Auch vor der Einführung des Euro seien viele zu optimistisch gewesen und hätten gedacht, dass man auch nachher noch Änderungen vornehmen könne. Nun stehe man allerdings vor vollendeten Tatsachen. Die EZB und die Konvergenzkriterien seien bereits Teil der Euro-Architektur, eine Sozial- und Fiskalunion hingegen sei noch immer nicht durchgesetzt worden.